

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 6. Sitzung des Ortsbeirates Plauen (OBR PI/006/2015)

am Dienstag, 28. April 2015,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Plauen, Ratssaal,
Nöthnitzer Straße 2, 01187 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Irina Brauner

Mitglied Liste CDU

Dr. Gudrun Böhm

Gisela Clauß

Thomas Lehmann

Alexander Seedorff

Sarah, Carola Strugale

Mitglied Liste DIE LINKE

Waldemar Peine

Jürgen Stübener

Gerold Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Christin Bahnert

Jens Georgi

Xaver Seitz

Mitglied Liste SPD

Bijan Djawid

Heike Wieghardt

Erik Zimmermann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Günter Schneider

Mitglied Liste FDP

Dietmar Keil

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Michael Hauck

Mitglied Liste PIRATEN

Frank Schirlitz

Stellvertretende Mitglieder

Klaus Hoffmann

Vertretung für Herrn Uwe Dolge

Abwesend:

Mitglied Liste DIE LINKE

Uwe Dolge

Gäste:

Kandidatinnen und Kandidaten für ausgeschriebene Ehrenämter:

Birgit von Bahder
Andrea Haubold
Jana Kleemann
Rhea Kraaß
Ulrich Langer
Dr. Hans Maas
Andreas Mathias
Maria Menzel
Franziska Rühle

Vertreter der Stadtverwaltung:

Andreas Kurz, EB Kita
Susanne Leibnitz, Stadtplanungsamt

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Wahl der Friedensrichter/Friedensrichterinnen für die Schiedsstellen Plauen-Ost und Plauen-West; Wahl der Protokollführerin/des Protokollführers für die Schiedsstelle Plauen-West
- 3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
- 3.1 Schließung der Kindertageseinrichtung Oskar-Seyffert-Straße 11 in 01189 Dresden **V0314/15
beratend**
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 190, Dresden-Altstadt II Nr. 9, Verlängerung Bayrische Straße **V0360/15
beratend**

hier:
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan
- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen
 - Aktuelle Informationen zum Thema Asyl
- 4.1 Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung) **V0100/14
zur Information**
- 4.2 Öffnung von Schulsportanlagen zur freien sportlichen Nutzung **A0050/15
zur Information**

öffentlich**1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

Die Ortsamtsleiterin eröffnet die 6. Sitzung des Ortsbeirates und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Sie begrüßt Frau Heike Wieghardt als neues Mitglied im Ortsbeirat. Mit dem Ausscheiden Frau Frohwiesers wird Frau Clauß zukünftig das Protokoll unterschreiben.

Der Ortsbeirat bestätigt anschließend die Tagesordnung einstimmig.

Zum Protokoll der 5. Sitzung beklagt Herr Stäbener ohne konkreten Antrag, dass es seiner Meinung nach wesentliche Aussagen der stattgefundenen Diskussionen nicht enthalte. Dem schließt sich Herr Peine an. Herr Schierlitz hielt eine öffentliche Zugänglichkeit der Sitzungsmitschnitte für wünschenswert. Dem würde sich das Ortsamt, so Frau Brauner, nicht verschließen, nach geltender Regelung dienen die Mitschnitte allerdings lediglich der Erstellung der Niederschriften.

Für die Niederschriften verweist die Ortsamtsleiterin auf die Regelungen des § 13 der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte. Ablauf- oder Wortprotokolle seien demnach nicht vorgesehen. Sie räumt den Damen und Herren Ortsbeiräten entsprechend der Geschäftsordnung die Möglichkeit ein, bis zum Ende der laufenden Sitzung zur Niederschrift der 5. Beratung konkrete Anträge zu stellen.

2 Wahl der Friedensrichter/Friedensrichterinnen für die Schiedsstellen Plauen-Ost und Plauen-West; Wahl der Protokollführerin/des Protokollführers für die Schiedsstelle Plauen-West

Die Ortsamtsleiterin begrüßt die anwesenden Bewerberinnen und Bewerber für die drei ausgeschriebenen Ehrenämter. Bei den Kandidatinnen und Kandidaten handelt es sich um:

- Rhea Kraaß
- Dr. Hans Maas
- Ulrich Langer
- Jana Kleemann
- Andreas Mathias
- Birgit von Bahder
- Franziska Rühle

für die Friedensrichterstellen und

- Andrea Haubold
- Maria Menzel

als Schriftführerin.

Anschließend erläutert Herr Gerhardt das Wahlverfahren gemäß § 12, Absatz 6 Geschäftsordnung Ortsbeiräte i.V.mit § 39, Absatz 7 Sächsische Gemeindeordnung.

Die Kandidatinnen und Kandidaten sind mit der Öffentlichkeit der Sitzung einverstanden. Den Mitgliedern des Ortsbeirates sind die Bewerbungsunterlagen mit der Einladung zur Sitzung zu ihrer persönlichen Verwendung zugestellt worden.

Nachdem die Friedensrichterkandidaten und -innen sich vorgestellt und Fragen aus der Mitte des Ortsbeirates beantwortet haben, erfolgt die geheime Wahl des Friedensrichters Plauen-Ost.

Folgende Personen sind entsprechend ihrer Bewerbung auf dem Stimmzettel angeführt:

- Jana Kleemann 2 Stimmen
- Rhea Kraaß 5 Stimmen
- Ulrich Langer 1 Stimme
- Dr. Hans Maas 0 Stimmen
- Andreas Mathias 11 Stimmen.

Mit 11 von 19 abgegebenen Stimmen erreicht **Andreas Mathias** die absolute Mehrheit. Der Ortsbeirat schlägt ihn dem Stadtrat zur Wahl als Friedensrichte für Plauen-Ost vor.

Sodann erfolgte die Wahl der Friedensrichterin für Plauen-West. Folgende Stimmzahl entfiel in geheimer Wahl auf die Einzelnen:

- Birgit von Bahder 10 Stimmen
- Jana Kleemann 1 Stimmen
- Rhea Kraaß 1 Stimmen
- Ulrich Langer 0 Stimmen
- Dr. Hans Maas 0 Stimmen
- Franziska Rühle 6 Stimmen

Eine abgegebene Stimme war ungültig.

Mit 10 von 19 abgegebenen Stimmen erreichte **Frau Birgit von Bahder** die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang und wird demnach dem Stadtrat zur Wahl als Friedensrichterin Plauen-West vorgeschlagen.

Nunmehr stellten sich die Kandidatinnen für das Amt der Protokollführerin Plauen-West vor:

- Andrea Haubold
- Maria Menzel

In geheimer Wahl entfielen auf die zwei Bewerberinnen danach folgende Stimmzahlen:

- Andrea Haubold 8
- Maria Menzel 11

Frau **Maria Menzel** wird also dem Stadtrat zur Wahl als Protokollführerin Plauen-West vorgeschlagen.

3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

3.1 Schließung der Kindertageseinrichtung Oskar-Seyffert-Straße 11 in 01189 Dresden

**V0314/15
beratend**

Frau Brauner regt an, nach einer Erläuterung durch den Vertreter des Fachamtes die Diskussion kurz zu fassen, da der Ortsbeirat seine Meinung bereits in der vergangenen Sitzung deutlich artikuliert habe.

Anschließend stellt Herr Andreas Kurz, Abteilungsleiter Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen (EB Kita), die Vorlage vor.

Er erklärt, sich bewusst zu sein, dass angesichts des stadtweiten Bedarfes an Kita-Plätzen die Schließung einer Einrichtung eine unpopuläre Maßnahme darstelle. Bei der Kita an der Oskar-Seyffert-Straße handele sich aber um eine sehr kleine Einrichtung, die sich in einem Wohnhaus befinde, dessen Elektroanlage noch aus der Entstehungszeit des Hauses stamme. Der Aufwand, der zu betreiben wäre, das Gebäude in einen für Kita-Nutzung zeitgemäßen Zustand zu versetzen, sei nicht zu vertreten. Im August 2014 sei die Einrichtung wegen akuter Sicherheitsbedenken geschlossen, die Kinder auf andere Einrichtungen verteilt worden.

Herr Zimmermann fragt eingangs der Diskussion, ob sein Eindruck richtig sei, dass es in der Stadt eine Tendenz gebe, kleine Kitas zugunsten großer zu schließen, da diese wirtschaftlicher zu betreiben seien.

Herr Kurz gibt zu dem konkreten Fall zu bedenken, dass es sich um ein in den dreißiger Jahren erbautes Wohnhaus handele, dessen Struktur dem Zweck „Wohnen“ gemäß gestaltet wurde. Für eine Modernisierung zur Nutzung als „Kita“ seien ca. 15 800 Euro pro Platz erforderlich, Kinder bis zum dritten Lebensjahr dürften nicht im Obergeschoß untergebracht werden, das Treppenhaus sei für eine Kita ungeeignet.

Grundsätzlich sei zu erwarten, dass nach 2020 einige Kitas nicht mehr benötigt würden. Sicher werde die Stadt sich dann noch von kleinen Einrichtungen trennen.

Herr Hauck beklagt, dass der Projektentwurf mit seinem Zahlenwerk von 2011 stamme und möchte wissen, was das für 2014 bedeute. Er stellt fest, dass der EB Kita den Auftrag des Stadtrates zur erneuten Prüfung der Möglichkeit des Erhalts der Kita nicht erfüllt habe.

Frau Bahnert hält das Argument, Wohnhäuser seien für Kitas ungeeignet, für falsch. Auf der Klingenberg Straße sei gerade eine neue Kita in einem sanierten Wohnhaus eröffnet worden. Der EB Kita solle an der Oskar-Seyffert -Straße nach dem Willen des Stadtrates nicht nur entstehende Kosten prüfen, sondern vor allem die Möglichkeiten zum Erhalt. Stattdessen versuche der EB Fakten zu schaffen, indem er den möglichen Verkaufserlös bereits in seine Finanzplanungen für 2015/2016 aufnehme.

Herr Lehmann möchte wissen, ob es für das Objekt bereits einen Kaufinteressenten gebe. Das verneint Herr Kurz. Auch müsse noch ein Wertgutachten erstellt werden.

Herr Stäbener verweist darauf, dass die Kita Chemnitzer Straße, deren Errichtung unwahrscheinlich geworden sei, noch im Kita-Entwicklungsplan enthalten wäre. Die dargestellte Platzbilanz käme nun ins wanken und der theoretische Ausgleich der Bilanz durch jene nicht zustande kommende Einrichtung entfiele. Also müsse die Kita Oskar-Seyffert-Straße am Netz bleiben bzw. schnellstmöglich wieder ans Netz gebracht werden.

Herr Stadtrat Schmelich verweist nachdrücklich darauf, dass die vom Stadtrat mit Beschluss vom 17.07.2014 geforderte Neuberechnung der Kosten für die Kita Oskar-Seyffert-Straße aus der hier behandelten Vorlage nicht ersichtlich sei. Demnach habe sich der EB Kita über diesen Stadtratsbeschluss hinweggesetzt.

Herr Kurz entgegnet, dass die Kosten 2014 gegenüber dem Ansatz 2011 sicher nicht günstiger geworden seien. Der EB Kita habe das Hochbauamt durchaus beauftragt, sich die geplanten Kosten noch einmal anzusehen und für 2014 hochzurechnen.

Herr Peine möchte wissen, ob es für den Fall, dass eine Entscheidung zur Rekonstruktion falle, bereits ein neuer Bauantrag existiere. Wäre das nicht der Fall, entstehe der Eindruck, die Entscheidung zur Schließung sei längst gefallen und es würde hier lediglich noch Spiegel- fechtereien betrieben.

Es gebe keinen neuen Bauantrag, so die Antwort. Er müsse zunächst neu formuliert und gestellt werden, zudem sei keine Finanzierung gegeben. Als erstes müsse das diese gesichert sein, bevor ein Bauantrag gestellt werden könne.

Herr Djawid weist diesbezüglich auf das Haushaltsvolumen hin, dass dem EB Kita insgesamt zur Verfügung stehe und die Möglichkeit, dort durch Umschichtungen Gelder für das Objekt freizustellen. Das unterstützt Herr Stadtrat Schmelich indem er darauf hindeutet, dass nicht der Stadtrat dem Finanzbedarf des EB Kita die stets erneut ins Spiel gebrachten finanziellen Fesseln anlege, sondern dessen eigener Geschäftsbereich.

Schließlich meldet sich Herr Keil zu Wort und erinnert an seinen den Mitglieder des Ortsbeirates übergebenen Ersetzungsantrag, der die Weiterführung des Gebäudes Oskar-Seyffert-Straße als Kita nach erfolgter Ertüchtigung fordert. Herr Keil begründet seinen Antrag.

Der Antrag im Wortlaut:

- 1. Die Kindertagesstätte Oskar-Seyffert-Straße 11 in 01187 Dresden ist nach erfolgter Ertüchtigung des Gebäudes als Kita weiterzuführen.*
- 2. Sie ist deshalb auch weiterhin im Bestand des Fachplanes Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2015/2016 und ff auszuweisen und zu führen.*
- 3. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Sanierung des Gebäudes sind im Haushalt 2015/16 einzustellen.*

Nach einer Beratungspause des Ortsbeirates wird dieser Antrag interfraktionell modifiziert und ergänzt.

Ihm stimmt der Ortsbeirat anschließend als Ersetzungsantrag zu.

Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat beschließt die Schließung der Kindertageseinrichtung Oskar-Seyffert-Straße 11 in 01189 Dresden zum nächstmöglichen Zeitpunkt.~~

- 1. Die Kindertagesstätte Oskar-Seyffert-Straße 11 in 01187 Dresden ist nach erfolgter Ertüchtigung des Gebäudes als Kita weiterzuführen.*
- 2. Sie ist deshalb auch weiterhin im Bestand des Fachplanes Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2015/2016 und ff auszuweisen und zu führen.*
- 3. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Sanierung des Gebäudes werden durch Umwidmung von Haushaltpositionen sichergestellt.*

4. *Der Ortsbeirat stellt fest, dass der Stadtratsbeschluss vom 10.07.2014 zur Vorlage V2707/14 durch den Eigenbetrieb Kita nicht umgesetzt wurde.*

Abschließend lehnt der Ortsbeirat den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Vorlage ab.

Zustimmung: 1
Ablehnung: 16
Enthaltung 2

Abstimmungsergebnis:

Ersetzung
Ja 16 Nein 1 Enthaltung 2

3.2 Bebauungsplan Nr. 190, Dresden-Altstadt II Nr. 9, Verlängerung Bayrische Straße

**V0360/15
beratend**

hier:

Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan

Frau Susanne Leibnitz, Stadtplanerin, stellt die Vorlage vor. Sie erinnert daran, dass der Bebauungsplan einst aufgestellt worden war, um die Durchbindung der Bayrischen Straße zur Budapester Straße zu ermöglichen und so einen Teil der einst gewollten Südwest-Umfahrung herzustellen. Die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange seien vom 28. Februar bis zum 30. März 2005 frühzeitig beteiligt worden. In diesem Zuge habe es u.a. massive Einwände des Instituts für Polymerforschung gegen die Planungen gegeben, da diese das Institutsgelände mit dessen hochsensibler Technik unmittelbar berühre. Wegen fehlender Realisierungschancen sei der ursprünglich geplante vierstreifige Ausbau der Bayrischen Straße zur Budapester Straße anschließend nicht weiter verfolgt worden. Das Verfahren wurde ruhend gestellt. Damit werde bauliche Entwicklung nicht beschränkt. So seien mittlerweile Baugenehmigungen erteilt worden für ein Grundstück Hohe Straße/Wielandstraße, ebenso für das Postgelände. Diese Genehmigungen wurden gemäß § 34 Baugesetzbuch erteilt, eines Bebauungsplanes bedürfe es dafür demnach nicht. Die Sinnfälligkeit eines möglichen zweispurigen Ausbaus zu untersuchen, stelle der Verkehrsentwicklungsplan 2025plus für nach 2025 anheim.

Herr Seitz habe sich in der Vorbereitung der Sitzung gefragt, warum der Bebauungsplan überhaupt aufgehoben werden müsse, da seine Existenz doch niemandem schade. Sollte denn, so Herr Seitz weiter, ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden, wenn es einen zweispurigen Ausbau der Bayrischen Straße zur Budapester Straße nach 2025 zu untersuchen gelte?

Die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes, so Frau Leibnitz, stehe gegenwärtig nicht in Rede. Es handele sich hier um eine langfristige Option für den Zeitraum nach 2025. Die Fortexistenz des Bebauungsplanes Nr. 190 ist einerseits nicht mehr erforderlich, andererseits sei sie auch schädlich, beispielsweise bei der Suche des Instituts nach neuen Geldgebern, da sie immer noch einen möglichen baulichen Eingriff in die Belange des Instituts suggeriere.

Herr Zimmermann hält es für schädlich, durch die Aufhebung des Bebauungsplanes Bauen nach § 34 zu ermöglichen, also Bauen ohne öffentliche Beteiligung. Er möchte wissen, was Gegenstand der erteilten Baugenehmigungen, die von Frau Leibnitz erwähnt worden seien, war. Wohnen in beiden Fällen mit Geschäften im Erdgeschoss in einem, so Frau Leibnitz.

Herr Wagner hingegen wirft ein, dass es doch verständlich sein müsse, wenn ein solches Thema hellhörig mache. Es könne durchaus der Eindruck entstehen, dass die Aufhebung des Planes lediglich das Ziel verfolge, dem Leibniz-Institut freie Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen, was wiederum zur Folge haben könne, dass gewollte städtische Entwicklungen verhindert würden. Herr Wagner führt dafür Beispiele aus dem Stadtgebiet der letzten Jahre an. Zudem würde er die Anbindung der Bayrischen Straße an die Budapester Straße begrüßen und bekräftigt seine Meinung mit den Problemen des Fernbusverkehrs und dessen Ausweichen auf Wohngebietsstraßen. Frau Clauß erhoffe sich von einer Durchbindung der Bayrischen Straße ebenfalls die dringend erforderliche Entlastung der Nürnberger Straße.

Herr Lehmann warnt davor, schwarz zu sehen, Herr Djawid glaubt dennoch, dass es Hintergründe für die Aufhebung gebe, die hier nicht genannt worden seien und verweist auf Zusammenhänge mit dem Entwurf des Flächennutzungsplanes. Frau Leibnitz indes erinnert daran, dass bei Baugenehmigungen nach § 34 Baugesetzbuch der Flächennutzungsplan keine Rolle spiele. Fakt sei hingegen, dass es an der Hohen Straße und der Wielandstraße bereits Wohnbebauung gebe.

Herr Georgi kündigt an, der Aufhebung zustimmen zu wollen und weist bezüglich der Argumentation Frau Clauß darauf hin, dass Untersuchungen belegten, dass zusätzliche Straßen mehr Verkehr generieren würden, der Entlastungseffekt für andere Straßen demnach oft deutlich überschätzt werde.

Frau Strugale bedauert, dass durch den Ortsbeirat vermehrt der Verwaltung per se Hintergedanken unterstellt würden. Das finde sie nicht schön. Sie ergänzt sodann aus ihrer fachlichen Sicht, dass dieser B-Plan, an dem zuletzt 2005 aktiv gearbeitet worden sei, schon einfach deshalb aufzuheben wäre, weil Ziel und Zweck des Planes nicht mehr vorhanden seien. Eine Aufrechterhaltung auf Verdacht sei nicht Zweck eines Bebauungsplanes. Dennoch, so Herr Wagner, müsse die Stadt an dieser Stelle die Entwicklung (ZOB, Straße etc.) vorantreiben, wobei ihm das Instrument, mit dessen Hilfe dies geschehe, im Grunde egal sei.

Herr Peine erinnert daran, sicher der nächste Anlieger des Gebietes aus der Mitte des Ortsbeirates und so mit den Problemen vertraut zu sein. Er verweist auf den Absatz 2 der Seite 3 der Vorlage, der das ehemalige Ziel des Bebauungsplanes beschreibe. Das Ziel werde nicht mehr verfolgt, demnach sei der Bebauungsplan aufzuheben. Alles, was darauf folge, folge den logischen und gründlichen Schritten der Verkehrsplanung. Er stimme dem Beschlussvorschlag deshalb zu.

Nachdem der Ortsbeirat den Geschäftsordnungsantrag Herrn Seitz auf das Ende der Debatte mehrheitlich angenommen hat, stimmt er der Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 190 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beschließt, den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 190, Dresden-Altstadt II Nr. 9, Verlängerung Bayrische Straße, aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 6 Enthaltung 0

4 Informationen, Hinweise und Anfragen

- **Aktuelle Informationen zum Thema Asyl**

Die Ortsamtsleiterin informiert zum aktuellen Stand der Thematik Asyl im Ortsamtsbereich. Es gebe keine Veränderungen gegenüber der vorangegangenen Sitzung des Ortsbeirates.

Das Objekt Teplitzer Straße solle im Dezember 2016 in Betrieb genommen werden. Die Bedarfsplanung sei erstellt und solle demnächst als Vorlage in die DB OB eingebracht werden. Gleichzeitig bereite das Hochbauamt die Planung und Ausschreibung vor.

Im Zuge der Aufstockung der sozialen Betreuung auf einen Schlüssel von 1:100 erfolge eine Regionalisierung der Betreuungsstruktur. Dieser Betreuungsschlüssel ermögliche es, in den jeweiligen Regionen eine verantwortliche Person für die „Sozialraumkoordination Asyl“ abzustellen, die insbesondere auch die Netzwerkarbeit, die Koordination von Angeboten und ehrenamtliches Engagement als Aufgabe habe. Diese neue Struktur sei etabliert.

Im Ortsamtsbereich Plauen übernehme diese Aufgabe der Ausländerrat Dresden. Ansprechpartnerin ist Frau Stoll (beratung@auslaenderrat.de), Tel. 4363732.

Herr Peine berichtet von einer ersten Zusammenkunft des entstehenden Netzwerkes für Asylbewerber im Ortsamtsbereich Plauen nach Einladung durch MdL Pallas am 15. April. Das Netzwerk sei bereit, seine Arbeit im Bedarfsfall aufzunehmen. Für die Bildung einer entsprechenden Arbeitsgruppe des Ortsbeirates gebe es gegenwärtig keinen Anlass.

Herr Gerhardt berichtet anschließend, dass der Ortsbeirat wieder aufgefordert sei, bei der Straßenreinigungsgebührensatzung, nunmehr für 2016, mitzuwirken. Der Ortsbeirat sei gebeten, Änderungswünsche zur öffentlichen Reinigung von Straßen und Fußwegen dem Amt für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft mitzuteilen, das diese auf ihre mögliche Realisierbarkeit hin bewerte und schließlich dem Stadtrat zur Entscheidung vorlege.

Das Fachamt mache in seinem Schreiben vom 31.03.2015 an das Ortsamt deutlich, dass es zur öffentlichen Reinigung der Großmannstraße im für 2015 aufgenommenen Abschnitt Probleme gebe. Die Straße sei so schmal, dass sie bei beiderseitigem Parken von der Kehrmaschine nicht mehr befahren werden könne.

Frau Brauner bittet die Mitglieder des Ortsbeirates, ihre Vorschläge zu Änderungen rechtzeitig vor der 7. Sitzung dem Ortsamt zu übergeben, auf das durch dieses die Verteilung an alle Mitglieder erfolgen könne.

4.1 Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung)

V0100/14
zur Information

zur Kenntnis genommen

4.2 Öffnung von Schulsportanlagen zur freien sportlichen Nutzung

**A0050/15
zur Information**

zur Kenntnis genommen

Frau Brauner beendet anschließend die Beratung.

Irina Brauner
Vorsitzende

Rolf Gerhardt
Schriftführer